

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkolladen- u. Kekselindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Sechzig Millionen Unterstützungsgelder der Gewerkschaften in der Kriegszeit.

S. A. K. Die Gewerkschaftsorganisationen der deutschen Arbeiterschaft haben im Kriege durch die zum Heeresdienst Eingezogenen eine schwere Einbuße an Mitgliedern und damit auch einen erheblichen Einnahmeverlust erlitten. Zum Glück waren die Gewerkschaften in der Lage, aus ihren Beständen die besonderen Anforderungen des Krieges decken zu können, und im Laufe der Zeit hat sich eine Verschiebung der Lasten vollzogen, so daß in den Verbänden wieder ein leidlicher, in einigen sogar guter finanzieller Stand zu verzeichnen ist. Die Rüstungsindustrie, die das ganze Wirtschaftsleben in ihren Bann schlägt, hat mit der Arbeitslosigkeit stark aufgeräumt, so daß die ständige Belastung dieses Kontos des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens stark zurückgegangen ist. Nicht minder ist an den Ausgaben für Lohnbewegungen gespart, da mit langandauernden Streiks oder Aussperrungen nicht zu rechnen war. Die hier freiwerdenden Mittel sind zu einem guten Teil für Familienunterstützung verwandt; eine Gesamtübersicht ergibt, daß in der Zeit vom August 1914 bis 31. Dezember 1916 von den Gewerkschaften **Mk. 22.022.145** für diesen Zweck verausgabt wurden; dazu kommen **Mk. 24.077.883** Arbeitslosenunterstützung, die besonders zu Beginn des Krieges stark einsetzte, und schließlich steigt die Summe aller Unterstützungen während der Kriegszeit auf **Mk. 59.489.302**. Man wird auf rund 60 Millionen Mark die Leistungen schätzen können, da nicht alle Aufwendungen bei der Aufnahme erfasst sind.

Das ist eine Leistung in dieser schweren Zeit, auf die die deutschen Gewerkschaften stolz sein können; sie wird bei allen denen, die in dieser Zeit daheim ihre Kräfte der Organisation widmeten, auch das Gefühl freudiger Genugtuung hervorrufen, daß sie denen ein Teil der Dankeschuld abtragen müssen. Das Aufbringen dieser Mittel legt Zeugnis ab von dem Geist, der die deutsche Arbeiterschaft erfüllt, daß sie der Pflicht treu bleibt, die sie in den Organisationen sich selbst auferlegt, daß in der Arbeiterbewegung der Gedanke der gegenseitigen Hilfsbereitschaft, sei es im wirtschaftlichen Betriebe, oder wenn Not und Elend an die Tür des Arbeiters pochen, stark und gefestigt geblieben ist. Aus solchen Händen Unterstützung zu nehmen, bedeutet keine Erniedrigung, löst kein Mißbehagen aus; hier empfindet der Hilfsbedürftige, daß er einen Anspruch hat, den er in besseren Tagen selbst wieder ausgleichen wird.

Dennoch könnte das Ergebnis der Hilfeleistung noch größer sein, wenn nicht auch in dieser Zeit Unberstand und Eigenmuth üppig ins Kraut geschossen wären. Wer kann heute an der bedeutsamen Arbeit der Gewerkschaften achtlos vorübergehen, wenn er sieht, wie auf allen Gebieten ihr regenreicher Einfluß sich Geltung verschafft. Nicht nur in der Ausgestaltung der Unterstützungseinrichtungen haben die freien Gewerkschaften bedeutendes geleistet, auch zur Erhaltung des wirtschaftlichen Ausgleichs haben sie unabweisbar große Erfolge aufzuweisen. Da wo die Organisation eine gut geschulte Anhängerenschaft aufweist, sind die Lohnverhältnisse am besten geregelt und ist der Verdienst aufwärts gegangen. An den Tarifen sind beachtliche Teuerungszulagen durchgesetzt, die Akkordlöhne erhöht. Die letzte Lohnstatistik der Gewerkschaften vom Jahre 1915 ergibt, daß durch Verhandlung auf dem Lohngebiete für 516.246 Arbeiter Erfolge erzielt sind, eine Zahl, die in den letzten zehn Jahren nur im Jahre 1913 überschritten wurde. In engerer Arbeit reihen sich hier andere Erfolge an. In wichtigen Zweigen der Heimarbeit ist eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt wie nie zuvor.

Für die Wiedererlangung der Beschäftigung der Kriegsschädigten ist manche Erleichterung geschaffen, und den Witwen und Waisen hilfreich Beistand geleistet. Die Organisation des Arbeitsnachweises ist eifrig gefördert; eine Vorarbeit, die geeignet ist, in der Zeit der Uebergangswirtschaft reichlichen Nutzen zu stiften. Das Verbot der Nacharbeit in Bädereien, die Einführung des 7-Uhr-Ladenschlusses für offene Verkaufsstellen bieten Vorteile, die gefestigt werden müssen. Unausgesetzt ist dahin gewirkt, daß bei den schweren Eingriffen in die Textilindustrie, die Konfektion, die Schuhwarenfabrikation und andern Berufen den Arbeitern und Arbeiterinnen eine Unterstützung zuteil wird und die Ueberführung zu anderer Berufsarbeit erleichtert wird. Mehr als je haben gerade während des Krieges die Gewerkschaften ihre Bemühungen einsetzen müssen, das Los der Arbeiter zu mildern und zu erleichtern, und bei all den gewaltigen Umwälzungen auf den Schutz der Arbeiter bedacht zu sein.

Glaubt jemand, daß diese Aenderungen in der Form sich ohne das Eingreifen der Gewerkschaften vollzogen hätten? Es genügt, auf die Bezirke und die Berufe hinzuweisen, die nur schwache Ansätze zur Organisation aufweisen, um den Abstand der Lohnverhältnisse zu erkennen gegenüber den in der Organisation von jeher besser gestellten.

Man sollte meinen, daß gerade in dieser Zeit keinem Arbeiter die Einsicht fehlt, welchen Weg in dieser Zeit gewaltiger geschichtlicher Ereignisse er einzuschlagen hat. Und dennoch sind es viele, leider zu viele, die da glauben, es gehe sie nichts an, wenn andere sich um die geistige und wirtschaftliche Förderung der Arbeiterklasse mühen; sie fühlen sich nur berufen, ohne mitzutaten den Nutzen mitzubeißen. Sie kommen noch mit denselben kleinlichen Ausreden und leichtem Einwänden wie ehemals; vielleicht hat die Zeit manchen in seinem Egoismus noch bestärkt und das rücksichtslose Hervortreten seines schlecht verstandenen Eigeninteresses befestigt; das Treiben und Jagen, um heute das zum Leben Notwendige zu erlangen, läßt ihm seinen Standpunkt begründet erscheinen. Dazu kommt der widerliche Parteistreit, in dem man auch die Gewerkschaften hineinzerrren will, der manchen abstößt, und nicht immer die Schlechtesten. Aber es sind keine genügenden Entschuldigungen, es sind nur Einwände der Zweifelnden und Bögernden, der Flauen und Anschläffigen; denn hoch über alle diese abstoßenden Kräfte muß das Gesamtwohl der Arbeiterklasse gestellt werden, an dem mitzuarbeiten alle berufen sind.

Eine am 31. Dezember 1916 aufgenommene Statistik über die Mitgliederzahl läßt erkennen, daß in der Kriegszeit 476.950 männliche und 150.288 weibliche Mitglieder neu aufgenommen sind. Aber es ist betrübend, zugleich festzustellen, daß 571.094 männliche und 139.041 weibliche Mitglieder gestrichen werden mußten. Gewiß ist der Rückgang in den zweieinviertel Jahren des Krieges nicht groß bei einer Mitgliederzahl von zweieinhalb Millionen vor dem Kriege, aber das Ergebnis ist doch unerfreulich; wir wollen nicht rasten, wir müssen aufwärts streben. Denn die kommende Zeit fordert von der deutschen Arbeiterklasse, daß sie teilnehme an dem Aufbau des Wirtschaftslebens und der politischen Neugestaltung, daß sie sozialpolitisch sich den Einfluß sichert, der ihr gebührt. Das kann nur geschehen, wenn ihre alten Organisationen durch den Zustrom neuer Kräfte gestärkt werden. Um so leichter werden wir dann auch die üblen Nachwirkungen des entsetzlichen Krieges überwinden. Diese Erkenntnis muß die alte Werkkraft der Gewerkschaften wieder neu beleben.

Robert Schmidt.

Die Teuerungszulagen im Jahre 1916.

Im Jahrbuch 1916 (Seite 252 bis 305) bringen wir eine lange Abhandlung über „Die Teuerungszulagen während der Kriegszeit“. Dort ist erst im textlichen Teile, dann auch zusammengestellt in Tabellen, jede uns bekannt gewordene Teuerungszulage registriert, die während der Kriegszeit durch Verhandlungen mit den Arbeitgeberorganisationen oder aber durch Verhandlungen mit den Inhabern einzelner Betriebe erreicht wurde. Aus dieser Zusammenstellung haben wir nun die im Jahre 1916 gewährten Teuerungszulagen herausgezogen, und was dort bei einzelnen Branchen fehlte, jetzt durch besondere Feststellungen noch ergänzt, nämlich die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Personen festgestellt, welche mit der gewährten Teuerungszulage bedacht wurden.

Unser Streben war ja genau so wie im Jahre 1915 das ganze Jahr 1916 hindurch darauf gerichtet, in Verhandlungen mit den Arbeitgeberorganisationen durch Nachträge zu den abgeschlossenen Tarifen, oder, wo solche nicht bestanden, durch besondere Verträge die Teuerungszulage für den Beruf am Orte einheitlich zu regeln; leider haben wir darin nur sehr wenig Entgegenkommen seitens der Vereinigungen und Innungen der Arbeitgeber gefunden, und so mußten wir uns an die einzelnen Arbeitgeber wenden, um dort zum Ziele zu gelangen, was ja in den meisten Fällen auch möglich war. Wo auch das nicht zu erreichen war, hat unsere Kollegenchaft in den Betrieben es auf eigene Faust versucht, sich Teuerungszulagen oder eine Erhöhung ihrer Wochenlöhne zu erringen. Uns ist bekannt geworden, daß darin die Kollegen bedeutende Erfolge erzielt haben; aber diese Erfolge sind nirgends vollständig zusammengestellt worden. Dem stellten sich zu große Schwierigkeiten in den Weg.

Bekannt ist ja, daß es uns erst gegen Schluss des Jahres möglich wurde, die Verhandlungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine in Gang zu bringen, um auch für diese Betriebe die Teuerungszulage einheitlich für's ganze Reich zu regeln. Die Regelung ist uns erst, und zwar nur befristungsweise, in den ersten Monaten des Jahres 1917 möglich geworden.

Wenn wir nun die im Jahre 1916 erreichten Teuerungszulagen zusammenstellen, soweit sie sich in wöchentlich auf den Lohn zu gewährende Zulagen unterrechnen lassen, so ergibt sich folgendes Bild. Es erhielten Teuerungszulagen:

In der Schokoladen-, Zuckerwaren-, Bäckerei-, Lebkuchen- und Kekselindustrie	Personen	Pro Woche insgesamt	Durchschnitt pro Woche
In Bäckereien und Brotfabriken	9725	19603	2,02
In Konsum- u. Genossenschaftsbäckereien	6366	30508	4,79
In Bäckereien	1789	6311	3,63
Insgesamt	17828	56422	3,17

Vom Jahre 1915 hatten wir festgestellt, daß insgesamt an 21.953 Kollegen und Kolleginnen Teuerungszulage ausbezahlt wurde, und zwar durchschnittlich pro Person und Woche Mk. 2,20. Zu dieser im Jahre 1915 gewährten Zulage, die auch weiter im Jahre 1916 bezahlt wurde, kommen nun die Zulagen noch hinzu, die im Jahre 1916 erreicht wurden.

Was hier durch mühsame Verhandlungen der Organisationsvertreter und vielfach auch direkt durch die Anstrengungen der einzelnen Betriebe erreicht wurde, ist immerhin ganz bedeutend, wie wir gleich an den einzelnen Branchen nachweisen werden.

In der Süßwarenindustrie waren im November 1916 noch beschäftigt 4707 männliche und 18351 weibliche Arbeitskräfte, also insgesamt 18.058 Personen. Wir haben für 9725 Personen, also für mehr als 50 pZt. der Gesamtzahl der Beschäftigten, eine wöchentliche Teuerungszulage von Mk. 2,02 durchschnittlich errungen.

Im Bäcker- und Konditoreigewerbe waren in Friedenszeiten 103.000 Bäcker- und Konditorgehilfen beschäftigt; am Jahreschluss 1916 sind noch 18.000 Bäcker- und Konditorgehilfen beschäftigt. Davon haben wir für 6366 oder 35 pZt. der Gesamtzahl der Beschäftigten eine wöchentliche Teuerungszulage von durchschnittlich Mk. 4,79 erreicht. Dabei muß aber betont werden, daß nun nicht etwa die anderen 65 pZt. der Beschäftigten leer ausgegangen sind, sondern unter ihnen ist die große Zahl derjenigen, die es verstanden haben, ihre Löhne in die Höhe zu treiben, nachdem es durch die abnehmende Haltung der Arbeitgeber nicht möglich wurde, ihnen eine Teuerungszulage zu erringen. Dann ist noch in Betracht zu ziehen, daß heute viele Personen als Bäcker arbeiten, die jäh-

beurlaubung als selbständige Handwerksmeister eine eigene Bäckerei gehabt haben; dazu kommen die vielen alten Kollegen, die bis zum Kriege schon meistens sehr lange in andern Berufen gearbeitet haben, die also nicht unserm Verbands angehören; auf alle diese hat die Organisation auch nur sehr wenig Einfluß. Aber sie haben es sehr gut verstanden, die Chancen des Arbeitsmarktes für ihren Anteil auszunutzen und ihre Löhne in die Höhe zu treiben.

In den Genossenschaftsbetrieben, welche den Tarif anerkannt haben, sind 1887 Verbandsmitglieder beschäftigt; in den übrigen 59 Betrieben, welche den Tarif nicht anerkannt haben, sind 106 Personen beschäftigt, zusammen also 1993 Beschäftigte in Genossenschaftsbetrieben. Davon war es möglich, für 1799 oder 87 pSt. der Gesamtzahl der Beschäftigten eine Feuerungszulage von durchschnittlich M. 3,83 pro Woche zu erringen.

Das sind also immerhin ganz respectable Erfolge der Organisationsfähigkeit, wenn sie auch in keiner Weise einen Ausgleich gegenüber der horrenden Feuerung der Lebensmittel bringen. Aber es muß immer wieder bedacht werden, daß auch diese Zulagen noch nicht einmal erreicht worden wären, wenn nicht die Organisation auch in dieser schweren Zeit so auf dem Posten gewesen wäre und die Interessen ihrer Mitglieder und auch der nicht organisierten Kollegen in jeder Weise zu wahren gesucht hätte.

Kriegsbeschädigte!

In einigen Orten sind Vereinigungen von Kriegsbeschädigten gegründet worden. Diese sollen in den Dörfern auf einem nach Eichen benannten Kongress zu einem Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich zusammengeschlossen werden. Zweck des Verbandes soll sein:

Unter Ausschluß aller politischen und konfessionellen Fragen wirtschaftliche Sicherstellung aller Kriegsbeschädigten; tätige Mithilfe des Kriegsbeschädigtenverbandes an der bestehenden amtlichen Fürsorge durch die Vertrauensleute der Kriegsbeschädigten und unter besonderer Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes des einzelnen Kriegsbeschädigten, namentlich in der Berufsberatung; in Verbindung mit allen maßgebenden Stellen und Faktoren Ausbau der gesamten Fürsorge zu einer durchaus praktisch arbeitenden.

Ist eine solche Organisation der Kriegsbeschädigten zweckmäßig und notwendig?

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist einheitlich im Reich organisiert, wenn auch die reichsgerichtliche Regelung noch nicht erfolgt ist, die von der Konferenz der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 23. August 1916 in Köln am Rhein genehmigt wurde. In der Kriegsbeschädigtenfürsorge sind alle wirtschaftlichen, Fürsorge- und Wohlfahrts-Organisationen, somit auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände, vertreten und tätig. Es ist richtig, daß die Fürsorgeorganisation nicht in allen ihren Teilen sich allzu wirksam erweist, wie es sein könnte und sein dürfte. Das liegt jedoch weniger an der Organisation der Fürsorge, als daran, daß an manchen, oft recht einflussreichen Stellen sich ein Bürokratismus geltend macht, der weder der großen, gemeinsamen Sache, noch der gegenwärtigen Zeit entspricht. Hier muß Wandel geschaffen werden. Erst dann, wenn die darauf gerichteten Bemühungen vergeblich bleiben sollten, wäre eine andere, der Sache leben und den Interessen der Kriegsbeschädigten besser dienende Organisation zu schaffen, jedoch nicht von den Kriegsbeschädigten selbst. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge muß Sache des gesamten Volkes und insbesondere der Organisationen sein, die bisher die wirtschaftlichen Interessen derjenigen vertreten haben, die als Kriegsbeschädigte vom Kampfplatz abgetreten sind und den Kampf

ums Dasein, um die Sicherung ihrer Lebenshaltung unter für sie erschwerten Bedingungen in Industrie, Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft wieder aufnehmen müssen. Nur in den Organisationen, in denen er die Hilfe seiner voll leistungsfähigen Kollegen und Arbeitsgenossen findet, wird der Kriegsbeschädigte Kraft für den Kampf ums Brot und Daseinsfreude wiedergewinnen. In der Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer wurde bisher schon der Weg zu praktischer Fürsorge für die uns Arbeitsverhältnis zurückkehrenden Kriegsbeschädigten beschritten.

Zwar dürfen die Kriegsbeschädigten nicht nur Objekt der Fürsorge sein, sie müssen selbständigen Anteil an ihr haben. Dazu bedarf es fester beständiger Organisationen der Kriegsbeschädigten. Eine solche Vereinigung der dauernd Leidenden würde nur niederbrütend auf diejenigen wirken, die gehoben werden müssen, um sich als vollwertige Kräfte im Wirtschaftsleben zu fühlen. Sie ist weder zweckmäßig noch notwendig, besonders nicht für die Arbeiter und Angestellten. Diese finden ihre Interessenvertretung unter eigenem Mitwirken in den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden, die neben ihrer Mitarbeit in der allgemeinen Kriegsbeschädigtenfürsorge besondere Einrichtungen haben, den Kriegsbeschädigten zu dienen. Es sind dies unter anderem deren Arbeitersekretariate und sonstige Rechtschutzstellen. Hier findet der Kriegsbeschädigte nicht nur Rat, sondern auch die Rechtshilfe, deren er bedarf.

Mit dieser Hilfe, die dem einzelnen Kriegsbeschädigten in seinem Rechtsstreit kostlos gewährt wird, hat es nicht sein Bewenden. Vielmehr haben die unterzeichneten Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände mit der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge gemeinsame Einrichtungen getroffen, die auf den Gebieten der Berufsberatung, Berufsausbildung, Arbeitsvermittlung, Ausgestaltung der Renten, Abwehr der Anrechnung der Renten auf das Arbeitseinkommen usw. den besonderen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge gewidmet sind. Damit dürfte alles das erreicht werden, was eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten erreichen könnte.

Bei der Propaganda für die Gründung einer solchen Organisation wird auch darauf hingewiesen, daß der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge dafür Sympathie zeige. Das ist durchaus unzutreffend. Weder der Reichsausschuß noch eine andere in Betracht kommende amtliche Stelle steht in dieser Gründung eine Förderung der Interessen der Kriegsbeschädigten. Gerade uns, die wir diesen nach allen Richtungen hin dienen wollen und durch unsere Organisationseinrichtungen auch dienen können, ersparen aus den oben dargelegten Gründen eine besondere Organisation der Kriegsbeschädigten nicht nur überflüssig, vielmehr für diese selbst nachteilig. Die Kriegsbeschädigten dienen ihrer Sache am besten, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch im Kreise ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden.

- Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. G. Legien.
- Generalverband der Christl. Gewerkschaften Deutschlands. A. Siegerwald.
- Verband der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). G. Hartmann.
- Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht. G. Anshäuser.
- Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände. Dr. Höfle.

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung in den ersten beiden Kriegsjahren.

Auf Grund der für den Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine angestellten Ermittlungen kann festgestellt werden, daß sich die Zahl der deutschen Konsumvereinsmitglieder in den ersten beiden Kriegsjahren von 2400 000 auf 2750 000 erhöht hat. Hieran entfallen auf den Zentralverband deutscher Konsumvereine 2 052 138. An den fehlenden rund 700 000 Mitgliedern ist der Allgemeine Verband der deutschen Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften mit etwa 325 000 Mitgliedern beteiligt. Die Zahl der vorhandenen Konsumgenossenschaften betrug Ende 1916 2376. Davon entfielen auf den Zentralverband deutscher Konsumvereine 1077, auf den Allgemeinen Verband der deutschen Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften 278. Die verbleibenden reichlich tausend Konsumgenossenschaften sind jene, die keinem der beiden genossenschaftlichen Zentralverbände angeschlossen sind. Da auf diese nur etwa 375 000 Mitglieder entfallen, so ergibt sich daraus, daß die Mehrzahl dieser Genossenschaften kleine und kleinste Genossenschaften sind, die für die Konsumgenossenschaftliche Entwicklung nur geringe Bedeutung haben.

Eine verhältnismäßige Berechnung ergibt für die Entwicklung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung in den ersten beiden Kriegsjahren folgendes Bild:

Gegenstand	1914	1915	1916
Zahl der Konsumvereine	2416	2400	2376
Zahl der Mitglieder	2400000	2550000	2750000
Umsatz im eigenen Geschäft	685334400	675655650	778668600
Davon Eigenproduktion	131328000	145536150	195112500
Geschäftsumsatz der Mitgl.	46401600	48628600	52487000
Reserven aller Art	35580000	40818050	43925750
Sparanlagen u. Hausanteile	105026400	106080750	126453250

Die Zahl der deutschen Konsumgenossenschaften hat während der ersten beiden Kriegsjahre einen Rückgang erfahren. Dieser Rückgang ist jedoch nur zum kleinen Teil eine Folge der Kriegsumstände. Er ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß aus Gründen eines tatkräftigen genossenschaftlichen Fortschritts im Zentralverband deutscher Konsumvereine das Bestreben besteht, kleine Konsumgenossenschaften mit benachbarten größeren zu verschmelzen und diese zu Bezirkskonsumvereinen auszubauen.

Die Zahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften hat eine erhebliche Steigerung, nämlich von 24 Millionen auf 27,5 Millionen, erfahren. Die Mitgliederzunahme ist verhältnismäßig stärker als in den letzten Jahren vor dem Kriege.

Der Umsatz im eigenen Geschäft zeigt im ersten Kriegsjahr einen kleinen Rückgang von 685,3 Millionen Mark auf 675,7 Millionen Mark. Dieser Rückgang ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß viele Hunderttausende der kaufkräftigsten Konsumenten zu den Fahnen eingezogen wurden und daß deren Konsumkraft ausfiel. Das zweite Kriegsjahr bringt eine Erhöhung des Umsatzes von 675,7 Millionen Mark auf 778,7 Millionen Mark, also um nahezu 100 Millionen Mark. Diese Erhöhung ist zum größeren Teil auf die Erhöhung der Warenpreise, die namentlich im zweiten Kriegsjahr einsetzte, zurückzuführen. Andererseits ist aber doch zu berücksichtigen, daß ein weiterer Ausfall von weiteren Hunderttausenden kaufkräftiger Konsumenten stattfand. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß durch die Rationalisierung der Lebensmittel der Weg eines jeden einzelnen eine erhebliche Einschränkung erfahren hat. Viele Waren, die früher einen wesentlichen Teil des Umsatzes der Konsum-

Brotaufrich.

Von Dr. Hugo Kuhl.

Zum Brot gehört der Brotauftrieb, zumal für den Norddeutschen, der die Weisheit des Spruches: „Laden Brot macht Wangen rot“, niemals anerkannt hat. Daß wir Brotauftrieb haben in dieser eisernen Zeit, dafür sorgt die blühende Kriegslbensmittelindustrie.

Wenn Knapp die Butter, Geh' ihuall zur Mutter — Das Schöne gib's da, Brotauftrieb No Ni Da.

Au diesem Verschen und einem entsprechend schönen Bildchen, das gleichsam die Fortsetzung der Poesie bildet — ein Junge hat mit der rechten Hand eine mächtige Stulle zum Waade geführt, während die linke eine andere hält —, macht eine Firma in Altona-Ottensen Klammern für einen Brotauftrieb — nein, für ein Pulver, mit dem der Brotauftrieb hergestell werden soll. Der Junge des Bildchens, welcher aus Kartoffelmehl, Kochsalz und Zerkarbolstoff besteht, soll mit 1/2 Liter Kartoffelmehl, Buttermehl oder Weizenmehl zu einem Drei bezararbeitet werden. Nach drei bis vier Minuten langen Kochen ist die „Milch-Karmelade“ fertig. Der Hersteller muß ichsame Anweisungen über Verarbeiten lesen! Ein ähnliches Präparat wurde übrigens in der chemischen Abteilung des Reichsanlasses der Stadt Berlin untersucht; es war bezeichnet als „Butterpulver zum Strecken von Kuhbutter und Sauerrahmbutter zu Brotauftrieb“ und bestand im wesentlichen aus einem gelblichweißen und anscheinend mit Karmin verunreinigten Gemisch von Kartoffelmehl und Kochsalz. Zum Strecken der Butter dient auch Apotheker Dr. Hermann Buttersieder „Sartela“, ein Gemisch von Stärkemehl und Pflanzenöl, im wesentlichen mit 25 pSt. Kochsalz, das in Wasser zu einer gleichmäßigen Gallerte verquillt.

Ein anderer Butterstreck „Fermosan“, ist gar nicht Ekel, er reicht zur Hauptache aus einer Mischung von Kartoffelmehl und Milchpulver; den Gehalt an Eiweißstoffe (Stickstoffbindung) ermittelt ich zu 24,22 pSt. Daß ich zahlreiche Forderungen und künstliche Zusätze als Brotauftrieb angepriesen werden, sei nur angebeutet.

Ein böstlicher Schwundel ist „Dia Wusta“. Der Fabrikant muß Hasjisch gebildet sein, den Homer gelesen haben. Man könnte Dia Wusta etwa übersehen „göttliche Kunstwurz“, denn es heißt Brotauftrieb mit Würzgeschmack, und der dicke rotbäulige Hut mit der Zupfelkrone, über dessen Haupte in großen Lettern Dia Wusta geschrieben steht, scheint hiervon vollkommen überzeugt zu sein. Nun erzählt man aber beim Wenden des sehr geschmackvoll ausgearbeiteten Kartons, daß es sich nicht um einen Brotauftrieb mit Würzgeschmack handelt, sondern um eine Masse zur Herstellung des Brotauftriebes. Dessen wir jetzt den geheimnisvollen Karton, so fordern wir einen kleinen Papierbeutel zutage, der eine Mischung von reichlich grob gemahlten Kräutern und Salz enthält. Der Geruch erinnert an Buzzi, als Kräuter sind nämlich die bekannten Wurkkräuter Majoran und Thymian vorhanden; das Salz können wir chemisch rasch als Kochsalz bestimmen. Das Paket — circa 26 g Nettogewicht — wiegt 25 g.

Als Nuzer einer Kriegswurzt mit Kriegspreisen möchte ich jetzt eine Graupenwurzt anführen, die ich eingehender untersuchte. In Geruch und Aussehen erinnerte sie durchaus an unsere Rauchwürste, und der Preis entsprach auch den für Würste früher gezahlten, nämlich M. 2,10 pro Pfund. Die großhannische Untersuchung ergab, daß die verarbeiteten Graupen sehr wenig von den Schalen befreit waren. Die chemische Untersuchung ergab folgende uns interessierende Werte:

Wasser	68,19 pSt.
Trockenmasse	31,81 „
Fett in der Wurzt	4,31 „
„ Trockenmasse	13,55 „
Eiweißsubstanz in der Wurzt	6,48 „
„ Trockenmasse	20,48 „
Stärke in der Wurzt	1,70 „
„ „ Trockenmasse	5,34 „

Das Fleisch unserer Schlachttiere enthält durchschnittlich 20 pSt. Eiweißsubstanz; eine Wurzt, die nur den dritten Teil etwa, nämlich 6,48 pSt. eiweißartige Stoffe enthält, kann ja schonhaft sein, in aber entschieden so minderwertig, verglichen mit der Fleischwurzt, daß der hohe Preis keineswegs gerechtfertigt ist.

Ein anderer Preiselag, die „Sanja-Pajne“, erweist sich als geräucherter Darm des Endrud einer un-

berbenen Leberwurzt. Es lag ein aus Mischfleisch, Fett und Wehl bereiteter, in üblicher Weise gewürzter Wurzt teil vor, der in Dosen geräuchert war. An sich ist natürlich gegen die Verarbeitung der genießbaren Mischfleisch nichts einzubringen; es dürfte aber eine Deklaration doch am Platze sein, damit der Käufer weiß, was er für sein gutes Geld erhält. Wir haben schon vor dem Kriege Erzeugnisse gehabt, sie hatten aber doch meistens einen etwas höheren Nährwert und waren gekennzeichnet. So finden sich im Jahresbericht des Nahrungsmitteluntersuchungsanlasses in Hannover eine Mitteilung über Milchwurzt, die untersucht wurde und folgende Zusammenstellung zeigte:

Wasser	45,94 pSt.	Eiweiß	16,40 pSt.
Fett	32,91 „	Rochsalz	2,48 „

War die unter Zusatz von Quark hergestellte, im Aussehen an Fleischwurzt erinnernde Wurzt auch recht wasserreich und daher zu beanstanden, so enthält sie doch wesentlich größere Mengen Fett als die oben erwähnte Graupenwurzt, in der nur 4,31 pSt. gefunden wurden. Auch war der Gehalt an Eiweißstoffen erheblich größer mit 16,40 pSt. gegen 6,48 pSt.

Zum Schluß sei noch ein Kaiserjag erwähnt, den ich untersuchte und der nun so recht wieder ein Fabrikat unserer Zeit ist. Der Fabrikant ist vorsichtig; er nennt sein Fabrikat „Liptauer Käsegeschmack“. Durch seinen Druck und durch die Wortstellung im Aufdruck ist das Wort „Käse“ hervorgehoben. In elegant aufgemachtem Karton befindet sich ein kleiner Beutel, der eine künstlich aromatisierte und gefärbte Mischung von Kochsalz (77,50 pSt. eiweißmittel) und ganzem Kümmel enthält. Wir haben also wieder einmal ein Präparat, mit dem wir uns den Liptauer Kaiserjag herstellen sollen. Liptauer Käse ist ein Schafmilchkäse, der in Siebenbürgen vielfach hergestellt wird, jedenfalls wurde. Ob es wohl möglich ist, ein mit entfernt ähnliches Produkt mit oben genannter Mischung aus Kartoffelbrei herzustellen? Ich glaube das nicht!

Wünschenswert ist es, daß die Fabrikanten von Erzeugnissen, die uns jetzt so reich beglücken, viel mehr unter Kontrolle gestellt werden. Sie sollten gezwungen werden, die Herstellung ihrer Fabrikate behördlich genehmigen zu lassen; die Zusammenstellung kann durch die amtlichen Untersuchungsstellen ebenso gut vor dem Inverkehrbringen als nachher beurteilt werden.

* J. J. Liner, der Natur u. Gemma, 1916, Bd. 1, S. 101.

vereine ausmachen, sind ganz aus dem Handel verschwunden. Wenn trotzdem eine Erhöhung des Umsatzes von nahezu 100 Millionen Mark erzielt wurde, so ergibt sich daraus, daß die Konsumgenossenschaften auf dem Gebiete der Warenverteilung geseitigt haben, was zu leisten überhaupt möglich war, und daß die Mitglieder genossenschaftliche Ernte üben. Auch die starke Mitgliederzunahme läßt erkennen, daß auch in dieser allerhöchsten Zeit die deutschen Konsumgenossenschaften es verstanden haben, sich immer mehr die Anerkennung der breiten Masse des Volkes zu erwerben.

Der Wert der in eigenen Produktionsbetrieben der Konsumgenossenschaften hergestellten Waren erhöhte sich im ersten Kriegsjahre von 131,8 Millionen Mark auf 145,5 Millionen Mark, im zweiten Kriegsjahre auf 195,1 Millionen Mark. Die verhältnismäßige Zunahme der Eigenproduktion ist also noch erheblich höher als die Zunahme des Umsatzes, trotz der vielfachen Einschränkungen und des Mangels an Rohmaterialien.

Die Stärkung der Kapitalkraft der Konsumvereine machte in den beiden Kriegsjahren weitere erfreuliche Fortschritte. Die Summe der Geschäftsquaten der Mitglieder stieg von 46,4 Millionen Mark auf 52,4 Millionen Mark, die Summe der Reserven aller Vereine von 35,8 Millionen Mark auf 43,9 Millionen Mark. Das eigene Kapital wuchs somit eine Zunahme von 82 Millionen Mark auf 96,3 Millionen Mark, also um 14,3 Millionen Mark oder um 17,3%.

Es ist also festzustellen, daß die deutschen Konsumgenossenschaften in den ersten zwei Kriegsjahren des Weltkrieges nicht nur ihre frühere Stellung behauptet, sondern sich auch in erfreulicher Weise weiterentwickelt haben. Das ist der hingebenden Arbeit der Genossenschaftsverwaltungen und der genossenschaftlichen Ernte der Mitglieder zu danken. Die Früchte dieser unermüdbaren Arbeit und genossenschaftlichen Tätigkeit wird, so dürfen wir sicher hoffen, unsere Friedensarbeit in der Zeit nach dem Kriege bringen.

Ueber den Stand der Arbeitsnachweisfrage im preussischen Abgeordnetenhaus

berichtet das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands wie folgt:

Die General-Kommission hat in Gemeinschaft mit den andern Gewerkschaftsleitungen an das Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet, in der ein Ausbau des Arbeitsnachweiswesens unter paritätischer Leitung gefordert wird. Es sollen in allen gewerblichen Orten, mindestens in solchen von 100.000 Einwohnern, öffentliche paritätische Arbeitsnachweise errichtet, mit Ausnahmestellen am Orte verbunden und unter die Leitung eines Landesamtes für Arbeitsnachweis gestellt werden. Mit dieser Frage hat sich das Abgeordnetenhaus schon früher beschäftigt, sich aber immer gegen die Bevorzugung paritätischer Arbeitsnachweise erklärt. Nunmehr mußte die Kommission für Handel und Gewerbe sich mit dieser Petition befassen, die sie vor eine wichtige Entscheidung stellte. Die Regierung erklärte, daß die Petition durch die inzwischen erlassene Bundesratsverordnung überholt sei. Der Handelsminister habe darauf an die Regierungspräsidenten einen Erlaß hinausgegeben, in dem sie zur Förderung des Arbeitsnachweiswesens aufgefordert werden. Ueber das Ergebnis konnte aber nichts mitgeteilt werden, als daß 1915 in Preußen 376 Nachweisstellen bestanden. Paritätische Verwaltungen ließen sich namentlich wegen eines Abkommens der Landwirtschaftskammern mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen nicht überall durchführen. Das müßte der Entscheidung der Verwaltungsbehörden nach dem örtlichen Bedürfnis überlassen bleiben, ebenso die Errichtung von Nachweisstellen. Die Uebertragung des Befugnis auf die paritätischen Ausschüsse, den Verwalter des Nachweises zu ernennen, sei nicht angängig, weil der Verwalter ein Beamter sein müsse, den nur die Behörde anstellen könne.

Gegenüber wurde die Petition von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission und dem fortschrittlichen Berichterstatter zur Berücksichtigung empfohlen. Das Arbeitsnachweiswesen würde noch heute keinerlei Ausgestaltung durch die preussischen Verwaltungsbehörden erfahren haben, wenn nicht die Militärbehörde eingegriffen hätte. Die Konservativen, von denen ein Mitglied den Ansturm durch Reichsgesetz wünschte, davon aber logisch noch Belehrung durch ein anderes Mitglied Abstand nahm, waren für Uebergang zur Tagesordnung. Gleicher Ansicht waren die Nationalliberalen, die eine Abstimmung über jeden einzelnen der acht Punkte der Petition wünschten, um dann das, was nicht durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wäre, der Regierung als Material zu überweisen. Schließlich wurde mit zehn Stimmen des Zentrums, der Freikonserverativen, Fortschrittler und Sozialdemokraten eine Gesamtentscheidung beschlossen. Trotz des Hinweises der Sozialdemokraten, daß der Reichstag in seiner Kommission dieselbe Petition dem Reichsminister zur Berücksichtigung überwiesen habe, wurde die gleiche Behandlung mit zehn gegen acht Stimmen abgelehnt. Für Berücksichtigung stimmten nur die Sozialdemokraten, Fortschrittler und Zentrum. Mit Hilfe von zwei Stimmen der Freikonserverativen wurde dem die Petition der Regierung mit zehn gegen acht Stimmen zur Erörterung überwiesen. Konservativ und Nationalliberal stimmten auch gegen diesen Antrag.

Gegenüber früherer Behandlung dieser Frage ist soviel ein kleiner Fortschritt erzielt, als man über die Ausgestaltung des Arbeitsnachweiswesens nicht mehr zur Tagesordnung überging. Ob im Plenum des Abgeordnetenhauses das gleiche Resultat erreicht werden wird, ist allerdings noch fraglich.

Politische Rundschau

Krieg mit Amerika! Wer hätte vor einigen Jahren daran gedacht, daß Deutschland mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika jemals in kriegerische Verwicklungen kommen würde, und heute ist es zur Tatsache geworden, daß zu der großen Schar unserer offenen Feinde auch noch Uncle Sam sich gesellt. Am 2. April hat Präsident Wilson dem Kongreß dargelegt, aus welchen

Gründen er der Ansicht sei, Deutschland befände sich bereits den Tatsachen nach mit den Vereinigten Staaten im Kriege, und zwar, weil es unerklärliche Schiffe versenkt habe. Daß sich die Schiffe in der Sperrzone befänden, hat ihn nicht abgehalten, dem Kongreß zu raten, die Erklärung abzugeben, daß die jüngste Handlung der deutschen Regierung nichts weniger ist, als ein Krieg gegen die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten. Er hat ferner geraten, förmlich den Kriegszustand anzunehmen, der Amerika auferlegt ist, und sofortige Maßregeln zu ergreifen, nicht nur um das Land in den vollständigen Verteidigungszustand zu versetzen, sondern auch seine Hilfsquellen zu verwenden, um Deutschland zu zwingen, Bedingungen zur Beerdigung des Krieges anzunehmen.

Also wird auch die amerikanische Republik nun aktiv an dem Bestreben teilnehmen, Deutschland frei zu machen, und wird dazu alle die wunderbaren Kulturmittel in verstärkter Maße bereitstellen, und, wenn möglich, auch selber anwenden, die wir in diesem furchterlichen Kriege bereits zur Genüge kennen gelernt haben. Auch will Amerika — wie die englischen Nachrichten sagen — gleich an die Schaffung eines großen Heeres gehen, allgemeine Wehrpflicht einführen und das Meer an die europäischen Fronten bringen. Wie unsere politische und wirtschaftliche Freiheit beschaffen sein wird, die wir dank all diesen Bemühungen einst genießen sollen, kann man sich vorläufig ja nach Belieben ausmalen. Jedenfalls entspricht diese Methode der Volksbeglückung nicht den Ansprüchen der politisch geschulten Arbeitermassen Deutschlands, die die im Lande selbst eroberten Freiheiten für dauerhafter halten, als die von außen gewaltsam eingeführten. Daß Wilsons Vorgehen auch in neutralen Ländern eine lebige Beurteilung und treffende Einschätzung findet, zeigt eine Auslassung des „Stockholms Dagbladet“: „Daß der Kriegszustand als aufgezwungen erklärt wird, verbürgt nicht die Tatsache, daß es ein teils durch die Interessenmethoden, teils durch das finanzielle Zusammengehen mit Deutschlands Feinden veranlaßter Angriffskrieg Americas ist. Auf finanziellem und industriellem Gebiete ein willkommener Bundesgenosse, stellt es ein Expeditionskorps in Aussicht. Ueber die wortreichen Motivierungen von Wilsons Kriegsbeschlüß kann man sich kurz fassen, da sie in allem übereinstimmen mit der Schönrednerschablone der EntenteStaatsmänner.“

In der russischen Revolution scheint die Periode möglichst ruhiger Vorbereitungen zu neuen Taten bei allen in Betracht kommenden Parteien noch anzuhalten zu wollen; wahrscheinlich haben aber der Anhang Romanows oder Mitglieder des Hauses inzwischen doch bereits irgendwelche Versuche unternommen, den neuen Verhältnissen entgegenzuwirken, denn es wird berichtet, daß man den Czaren noch weiter isoliert und einige Großfürsten — unter andern auch den früheren obersten Armeekommandanten Nikolajewitsch — durch Verdammung kalgestellt hat. Der Arbeiterauschuss unter Führung Tschewkes soll sich jetzt freizwillig zeigen als in den ersten Tagen nach dem Siege der Revolution. Alle Nachrichten sind aber zunächst nur mit größter Vorsicht aufzunehmen. Daß die im Ausland lebenden russischen Sozialisten, die natürlich auch die Stimmung des deutschen Volkes und der deutschen Regierung besser kennen als die meisten der in Rußland lebenden, sich um den Weg zu einer Verständigung zwischen Rußland und Deutschland bemühen, ist zu begrüßen. So wurde aus Zürich gemeldet, daß das auswärtige Sekretariat des leitenden Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an Tschewke einen Offenen Brief richtete, worin es in schärfster Form gegen die Beeinflussungsversuche fremdsprachiger und englischer Sozialisten zugunsten des Krieges Einspruch erhebt. Insbesondere wird gegen den Beschluß der sozialistischen Fraktion des französischen Parlaments, drei ihrer Mitglieder nach Rußland zu senden, Einspruch erhoben. Tschewke wird aufgefordert, diesen Bemühungen gegenüber mit verdoppelter Energie auf dem revolutionären und friedensfreundlichen Wege weiterzuarbeiten. Der Führer der in der Schweiz lebenden Russen, Lenin, erklärte im „Volkrecht“, die Forderung der russischen Sozialisten sei, einen sofortigen Waffenstillstand vorzuschlagen. Lenin griff scharf an, der Freiheitensverfechter und der der Beratung Desterreichs und der Türkei zustimme. Rußland stehe am Vorabend einer zweiten wirklichen Revolution.

Der Reichstag hat mit seinem Beschluß, einen Verfassungsausschuß einzusetzen, vor Beginn seiner Ferien den Parteien der äußersten Rechten ein Osterfest gesetzt, über das sie nach dem ersten Stimmensausgang aus dem Saalchen genoten. Der „Deutschen Tageszeitung“ läuft eine Gänsehaut über den Rücken — heute noch immer eine billige Sache — und sie spricht dem Reichstag jegliches Recht zu jenem Vorgehen ab. Sich in die preussische Wahlrechtsreform zu mischen, gehöre in keiner Weise zu den legitimen Aufgaben eines Reichstagsausschusses — er könne wohl Wünsche äußern; aber jeder Beschluß würde ein Vorgehen außerhalb der Verfassung bedeuten, über das zu verhandeln, die verbündeten Regierungen unbedingt ablehnen müßten. Der Bundesrat müsse die Einzelstaaten gegen solches Vorgehen des Reichstages schützen, und letzterer würde den Herrn Reichshofen verlassen, auf dem er selber saß.

Es wäre ein Elend, und Deutschland würde mit Recht in der ganzen Welt in ein trauriges Licht geraten, wenn der „Verfassungsausschuß“ die Zeichen der Zeit nicht verstände und nicht in energischer Weise auf die endliche und schmerzhafteste Beseitigung der vielfach noch so rückständigen Verfassungszustände in den meisten der Einzelstaaten bringen wollte. Es ist ja gar nicht wahr, daß nur Preußen allein ein so spottschlechtes Wahlrecht hat, auch verschiedene Kleinstaaten — unter andern auch der Republik Hamburg — sind in den letzten Jahrzehnten solche häßliche volksfeindliche Wahlrechte aufgezwungen worden!

Verbandsnachrichten

Von Kollegen aus dem Felde für Unterstützungszwecke.

An die Bahlfelle Halle a. d. S. Von A. O., Landwehr-Infanterie-Bataillon Bitterfeld, IV/14, 1. Maschinen-Gewehr-Kompagnie N. 260. Früher quittiert N. 4164, 87, heute quittiert N. 260, zusammen N. 4167, 47.

Kriegsverluste des Verbandes.

Herrn Dresden. Albin Klotzsch, Schokoladenarbeiter, 28 Jahre alt, gefallen am 6. März, Ihre ersten Ansehen!

Sozialpolitisches.

Die Volkspolizei-Kriegsversicherungsstelle ist in das neue Kriegsjahr mit einem Kapitalbestande von M. 406.005 eingetreten. Es sind dafür 81.210 Anteilsgemeine für 53.757 Kriegsteilnehmer ausgegeben. Die Summe hat sich bis zum 12. Januar auf M. 408.020 erhöht.

Nach den bis Ende Dezember 1916 gemachten Mitteilungen sind bis zu dieser Zeit im ganzen 1806 Kriegsteilnehmer als gefallen beziehungsweise verstorben gemeldet, für die 2528 Anteilsgemeine gekauft waren. Im Jahre 1916 allein wurde der Tod von 686 verstorbenen Kriegsteilnehmern mit 1286 Anteilsgemeinen berichtet. Wenn auch jetzt noch anzunehmen ist, daß in einer erheblichen Zahl von Fällen die Hinterbliebenen die Anmeldungen bis jetzt unterlassen haben, so ist doch das Verhältnis der Todesfälle zu der Zahl der Verstorbenen trotz der langen Dauer und der Schärfe des Krieges noch nicht so ungünstig, daß nicht auf ein ganz respektables Ergebnis der Versicherung gerechnet werden konnte.

Die Verteilung des Kapitals an die Hinterbliebenen kann bedingungs- und naturgemäß erst nach eingetretener Friedensschluß erfolgen, was bei der so langen Ausdehnung des Krieges in vielen Fällen, in denen finanzielle Mittel im Augenblick sehr benötigt sind, nicht angenehm ist. In solchen Fällen hat der Vorstand der Kriegsversicherungsstelle gern die nach § 5 Absatz 3 der Bedingungen zulässigen Abschlagszahlungen gewährt. Nach den Vereinbarungen mit dem Kaiserlichen Aufsichtsamt darf der fünftägige Betrag der Eingahlungen, bei uns also M. 25 auf jeden Anteilsgemein, ausgezahlt werden. Seit dem Bestande der Kasse sind bis jetzt in 390 Fällen für 655 Anteilsgemeine Vorschüsse gewährt worden im Gesamtbetrage von M. 16.860, davon im Jahre 1916 allein M. 11.475 für 459 Anteilsgemeine in 220 Fällen.

Die ungeheuren Menschenopfer, die der mit uns vorausgesetzter technischer Gewalt geführte Krieg von unserer wie von allen daran beteiligten Nationen fordert, häufen sich immer mehr, und leider ist damit zu rechnen, daß trotz aller Friedensbemühungen Deutschlands zur Beendigung des Schicksals dieses Frühjahr das furchterliche Männermorden seinen Fortgang nehmen wird. Leider werden viele Tausende, die fetter Stappen- und Garnisondienst leisteten, auch noch zum Frontdienst herangezogen werden und dadurch in höhere Lebensgefahr kommen. Auch für sie erhält die Kriegsversicherungsstelle der Volkspolizei eine erhöhte Bedeutung. Es sollte kein Familienvater die Garnison verlassen, ohne für seine Angehörigen wenigstens einen Anteilsgemein der Kriegsversicherungsstelle erwerben zu haben. Geht dies aber doch, dann sollen die Zurückbleibenden sich die Beteiligung an dieser Kasse durch Versicherung des Ausmarschierens überstellen.

Wenn das Unglück des Krieges trifft, der wird sich dieser Sorge sicher freuen.

Beachtenswertes zur Schöpfung der Waisenrenten!

Nach § 1259 der Reichsversicherungsordnung erhalten nach dem Tode des verstorbenen Vaters die ehelichen Kinder unter 16 Jahren und nach dem Tode einer Versicherten ihre waisenrenten Kinder im vorgenannten Alter eine Waisenrente. Diese Waisenrente setzt sich aus einem Reichszuschuß (M. 25) und dem Anteil der Versicherungsanstalten zusammen (bestimmte §§ 1285 und 1292 der Reichsversicherungsordnung). Uneheliche Kinder haben nach dem Tode ihres Vaters keinen Anspruch auf Waisenrente, dagegen können diese sie nach dem Tode der Mutter erhalten. Der Anteil der Versicherungsanstalten richtet sich nach den gezahlten Beiträgen einschließlich Militärdienst- und Krankheitszeiten, die als Beitragszeiten zu gelten haben. Dieser Anteil an jeder Waisenrente ist zu bemessen nach dem Grundbetrag und den Steigerungssätzen der Invalidenrente, welche der Verstorbene bei Invalidität bezogen hätte. Die Ermittlung des Grundbetrages erfolgt unter Zugrundelegung von 500 Beitragssätzen und Multiplikation der Beitragswochen, die in der Klasse I 12, II 14, III 16, IV 18 und V 20,3 betragen. Die Ermittlung der Steigerungssätze erfolgt nach Artikel 69 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung nur für die nach dem 1. Januar 1912 geleistete Beitragszahl, indem für jede Beitragswoche ein Steigerungssatz in Klasse I 3, II 6, III 8, IV 10 und Klasse V 12,3 berechnet wird. Die Waisenrente betrug bisher für ein Kind drei Zwanzigstel und für die übrigen Waisen je ein Viertel des Grundbetrages und der erwählten Steigerungssätze der Invalidenrente. Infolge des erlassenen Reichsgesetzes vom 12. Juni 1916 ist eine Erhöhung der Waisenrente erfolgt, indem für jedes Kind drei Zwanzigstel in Ansatz zu bringen sind. Diese Bestimmungen haben rückwirkende Kraft erlangt und sollen vom 1. Januar 1916 gelten. Es sind also nicht nur die im Juni 1916 sich befindenden Anträge zwecks Erlangung der Waisenrenten zu berücksichtigen gewesen, sondern auch die seit dem 1. Januar 1916 bereits erledigten Waisenrentenanträge. Diese Waisenrentenanträge sollen von Amts wegen oder auf Antrag geprüft und, sofern für den Berechtigten Vorteile sich ergeben, im günstigen Sinne erledigt werden. Dagegen bleiben Waisenrenten, die vor dem 1. Januar 1916 bewilligt worden sind, in dem festgesetzten Betrage bestehen, was man beachten möge.

Die Landesversicherungsanstalten dürften infolge der Mehrbelastung, die auch durch die Verabreichung der Altersgrenze und die damit verbundenen Altersrentenanträge erfolgt ist, noch nicht überall die Prüfungen der Waisenrenten erledigt

haben, die von uns wegen oder auf Antrag der Berechtigten für die Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum Erlaß des erwähnten Gesetzes zu prüfen waren, so daß ein Einverständnis bei den zuständigen Instanzen erforderlich ist. Wenn auch die Erhöhung dieser Beiträge keinen bedeutenden Jahresbetrag für die Parteien darstellt, so ist er aber doch immerhin der Erinnerung wert. Deshalb wolle man die Betroffenen hierauf hinführen, damit das Erforderliche möglichst werden kann im Interesse der Parteien und deren eventuell noch vorhandenen Angehörigen. R. V.

Gewerkschaftliche Handlungen.

Der erste deutsche Gewerkschaftskongress. Am 14. März waren 25 Jahre verflossen, daß in Halberstadt der erste Kongress der heutigen freien Gewerkschaften zusammengetreten ist. Es handelte sich auf demselben in der Hauptsache darum, die Frage nach der Art der Organisation zu erörtern, ob Lokal- oder Zentralorganisation. So selbstverständlich uns heute die letztgenannte erscheint, so sehr war damals diese Frage noch unstritten. Aber die Mehrheit der damals gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hat sich doch in weit aussehender Weise die Notwendigkeit und den Nutzen der Zentralisation erkannt und entschieden für diese. Von dem Tage datiert der Siegeszug der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Sie wird uns auch in den kommenden Zeiten vorwärts und aufwärts führen.

Ein „Grundstein“ für die Feldgrauen. Der Verband der Bauarbeiter gibt jetzt für seine im Felde stehenden Mitglieder, deren Zahl sich auf weit über 100.000 belaufen dürfte, eine Sonderausgabe des „Grundstein“ heraus. Neben dem Zweck deselben heißt es in der ersten Nummer: „Mit diesem Blatt verknüpft der Verbandsvorstand die Bänder, auf diesem Wege eine dauernde Verbindung mit der Masse der Kriegsdienst tuenden Verbandmitglieder herzustellen. Durch die Verwendung der Verbandszeitung sollen wir das nicht zu erreichende, die mit dem wöchentlichen Versand verbundenen Arbeit war für viele Vereine zu groß, und die Folge war, daß die Masse der Feldmitglieder die meiste Zeit ohne jede Nachricht von dem Stande und dem Wirken der Organisation war. Das ist natürlich ein Uebelstand — nicht nur für die Feldmitglieder, sondern bei der Abhandlung des Krieges auch für die Organisation. Soll der „Feld-Grundstein“ den gebachten Zweck erfüllen, so bedarf es dazu auch der Hilfe der Kollegen, für die er bestimmt ist. Wer mit Verbandmitgliedern zusammen ist, frage sie, ob sie bereits Bezugsnehmer des „Feld-Grundstein“ sind; sind sie das nicht, so halte er sie dazu an. . . . Kollegen, die länger Zeit an wichtigen Durchgangsorten nationaler sind, wo viele Truppenzüge passieren, haben vermuthlich oft Gelegenheiten, fremde Verbandmitglieder zu treffen; sie sollten sie immer auf den „Feld-Grundstein“ aufmerksam machen und sich das Blatt für diesen Zweck in einigen Exemplaren mitnehmen lassen. Finden sich auch viele Kollegen im Felde, die unsere Absicht auf diese Art fördern, so hoffen wir bestimmt, sie zu erreichen. Wer dazu hilft, erweitert der Organisation wertvolle Dienste.“

Das hier über die Verbreitung des „Feld-Grundstein“ gesagt ist, mögen unsere im Felde stehenden Mitglieder auch hinsichtlich ihrer Beschäftigung beherzigen. Natürlich kann für unsere Organisation die Herausgabe einer besonderen Feldausgabe nicht in Frage kommen.

Der Bergarbeiterverband im Jahre 1916. Zu den heutigen Gewerkschaften, die finanziell gepackt über den Tisch hinweggenommen, wenn nicht ganz außerordentliche Rückschläge, die so gut wie unwahrscheinlich sind, eintreten, gehört der Bergarbeiterverband. Das Verbandsvermögen hat sich am Ende des Geschäftsjahres auf 4.306.555,- und war damit um 42.143,- höher als ein Jahr vorher. Damit ist das Verbandsvermögen wieder weit über den Stand hinausgewachsen, den es vor dem letzten großen Kriegsjahr 1913 hatte. Von den Verbandsmitgliedern sind um 50.000 zum Bergarbeiterverband eingezogen; es sind von ihnen schon über 100.000 gefallen. Die Bergbauindustrie hat zu Kriegsanfang reichende unter Arbeitslosigkeit gelitten; alsbald trat wieder Arbeitermangel ein. Folglich hat die Bergarbeiterverband mit behördenmäßig geringe Arbeitslosenunterstützung zu leisten. Dafür zahlte er aber rund eine Million Mark Extrazahlung aus der Zentralisation an die Familien seiner im Felde stehenden Mitglieder, wozu noch ganz erhebliche Unterstützungen kamen aus den Volkssparnissen. Dagegen im vorletzten Jahr abwärts viele Tausende Mitglieder zum Bergarbeiterverband überzogen wurden, erhöhte sich doch die Verbandsvermögen an Mitgliederbeiträgen um 46.124,- auf 1.031.442,-. Da die einberufenen Mitglieder überaus wenig in der höchsten Feinmasse zahlten, bedeutet die Zunahme der Beitragsentnahmen mehr als die bloße Ziffer selbst. Aus den Kassenrechnungen sind 1.600 an Eintrittsgeldern verzeichnet worden. Das entspricht einer Aufnahme von 15.200 neuen Mitgliedern, die zwar größenteils wieder durch Abgang zum Militär vermindert wurden, aber die Zahl einer so hohen Mitgliederzunahme während des Krieges beweist doch, daß der Bergarbeiterverband sich eines großen Vertrauens unter den Bergarbeitern erfreut. Seine Führung bemerkt dazu, daß der Verband sich in diesem Jahre weiter nach vorwärts wendet. Er hat sich ganz besonders folgende Ereignisse ein, so ist zu erwarten, daß unter Vermeidung des Krieges gut überlebt zu werden vermag. . . . ein Organisationsherz anzuklopfen lassen kann, mit dem unser Gegner zu rechnen nicht vermag.

Die internationale gewerkschaftliche Verbindung hat es nach der Fertigstellung der Generalkonvention für das Jahr 1916 in den letzten beiden Jahren nur mit den nördlichen Ländern aufrechterhalten. Den Anforderungen, die die internationale Gewerkschaftsbewegung von Europa aus zu stellen hat, zu entsprechen, konnte man bisher nicht werden, weil die Schwerpunktsetzung nur der internationalen Gewerkschaftskonferenz beschloß.

werden kann. Es ist zweimal versucht worden, eine solche einberufen. Das erste Mal, als der Antrag auf Einberufung Anfang 1915 gestellt wurde, das zweite Mal, als eine aus vier Ländern bestehende Gewerkschaftskonferenz in Leeds (England) am 5. Juli 1916 beschloß, in Paris ein internationales Korrespondenzbureau einzurichten. Auf Vorschlag der gewerkschaftlichen Landeszentralen der skandinavischen Länder wurde die für den 11. Dezember 1916 nach Bern berufene Konferenz vertagt. Die Konferenz in Leeds hatte auch Arbeiteranforderungen formuliert, die im Friedensvertrag Aufnahme finden sollten. Die skandinavische Gewerkschaftskonferenz, die am 10. und 11. November 1916 in Kopenhagen tagte, ersuchte den Präsidenten des Internationalen Gewerkschaftsbundes, diese Forderungen durchzuführen und zur Beratung für eine internationale Gewerkschaftskonferenz vorzubereiten. Die Arbeit ist fertiggestellt und sollte zur Berichterstattung kommen. Diese mußte infolge des verschärften Kriegszustandes verschoben werden. Verhandlungen zwischen dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Zentrale der Gewerkschaften Frankreichs hatten das Ergebnis, daß die französischen Gewerkschaften sich bereit erklärten, zu einer internationalen Gewerkschaftskonferenz zu delegieren, wenn diese vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund berufen wird. Die Landeszentralen, die während der Kriegszeit Beiträge an den Internationalen Gewerkschaftsbund gezahlt haben, erklärten sich mit dem Vorschlag einverstanden. Seine Ausführung muß so lange ausgesetzt werden, bis die Möglichkeit einer Verbindung mit allen Landeszentralen wieder gegeben sein wird.

Die norwegischen Gewerkschaften im Jahre 1916. Die gewerkschaftliche Landeszentrale Norwegens hatte im vergangenen Jahre große Streckunterstützungen zu leisten. Die großen Unsperrungen und Streiks haben beträchtliche Summen verschlungen, die teils von den Verbänden selbst, teils von der Landeszentrale hergegeben wurden. Die Zentrale gab zu diesem Zweck insgesamt 666.743,- Kronen aus. Im Jahre 1915 betrug die Summe 300.000,- und 1914 144.168,- Kronen. Die teils der gewerkschaftlichen Verbände geleisteten Unterstützungen sind bisher nicht endgültig festgesetzt worden, sie werden aber von dem Vorstände der Landeszentrale, Bira, auf annähernd 2 Millionen Kronen geschätzt. Die Unterstützungen der Landeszentrale wurden wie folgt verteilt: Die an dem Bergwerkskontflikt beteiligten Arbeiter erhielten 261.367,- Kronen, für die Konflikte in der Eisenindustrie wurden 320.267,- Kronen ausgezahlt. Außerdem erhielten einige andere Gewerkschaften kleinere Summen. In Norwegen ist zwischen gewerkschaftlicher Landeszentrale und genossenschaftlicher Bewegung eine intime Zusammenarbeit eingeleitet. Die genossenschaftliche Agitation zum Beispiel wird von der Landeszentrale geleitet und mit Geldmitteln unterstützt. Die Mitgliederzahl der Landeszentrale stieg in den ersten zehn Monaten des Jahres von 75.758 auf 78.275.

Gewerkschaftliches.

Der Mittelstand und die Selbsthilfe der Beamten.

Als die konjunktionsgenossenschaftliche Selbsthilfe in Deutschland Boden gewann, erschienen die Mittelstandskräfte auf der Bildfläche mit der Behauptung, daß es ein Unrecht sei, den Kleinhandeltreibenden und Kleinrentnern durch die Gründung von Konjunktionsgenossenschaften und durch Einrichtung von genossenschaftlichen Eigenbetrieben Konkurrenz zu machen. Sie proklamierten das Recht auf Kundenschaft und verlangten vom Staate, daß er sie in ihren Erwerbsinteressen schütze, wobei sie sich in ihrer angeborenen Weisheit als das Hüdnest der heutigen Gesellschaftsordnung und als die treuesten Stützen des Staates aufspielten. Im besonderen stellten sie die Forderung auf, daß es den Beamten, die doch von der Allgemeinheit für ihre Arbeitsleistung bezahlt werden, unterlag werde, auf genossenschaftlichem Wege ihre Lage zu verbessern. Neuerdings, da der Genossenschaftsgedanke in den Kreisen der Beamten immer mehr Anklang findet, bemühen sich die Mittelstandskräfte, die Beamten durch Zureden und Versprechungen von dem Kampfe in Konjunktionsgenossenschaften abzuhalten. So bringt die „Allgemeine Handwerkerzeitung“ einen Artikel ihres Schriftleiters, dem wir folgende Sätze entnehmen:

Der jüdische Geldwort ist heute so weit vorgeschritten, daß man wohl mit Recht behaupten darf, der Beamte bezieht heute um 40 bis 50 pzt. weniger Gehalt als vor dem Krieg. Aber wir können ihm nur Staatshilfe und keine Selbsthilfe zubilligen. Durch die Selbsthilfe zieht sich der Beamte nur die Begrenzung der anderen erwerbenden Stände zu. Er muß sich selbst jagen, daß eine Verbesserung, die ihm vielleicht 100 jährlich bringt, einem Rabatt von 10 des Konjunktionsgenossenschafts weit vorzuziehen ist.

Genie ist mehr als je die Zeit, wo der Beamte mit dem Vergernum Hand in Hand gehen muß. Nicht ein künstlicher Gegenstand darf geschaffen werden, sondern Einigkeit muß zwischen den beiden Ständen, die so viele Berührungspunkte betriebswirtschaftlicher Beziehung und geistlichen Verkehrs haben, herrschen. Also mit dem Vergernum müssen die Interessen der Beamten vertreten werden, die Interessen des Vergernums aber mit den Beamten, und dieses kann nur dadurch geschehen, daß die Geschäftswelt eintritt für eine durchgreifende Gehaltsaufbesserung, aber die Beamten haben die Ehrenpflicht, überdies von derartigen Selbsthilfebestrebungen zurückzutreten.

Das heißt mit andern Worten: Wenn die Beamten darauf verzichten, durch das Mittel der Genossenschaft ihren Lebensunterhalt zu verbilligen und das Mehr an Ausgaben, das hierher Verzucht erfordert, den Mittelstandskräften zuwenden, dann wollen diese ihnen eine Entschädigung dafür gemahnen; aber nicht etwa aus ihrer Tasche, sondern aus den Mitteln der Allgemeinheit, die doch wirklich keine Verantwortung hat, die Kosten dieses sondernen Laufgeschäfts zu tragen. Man sollte meinen, die Beamten würden solchen Gedanken einfach als unzulässig mit Entrüstung abweisen. Leider ist dem nicht ganz so. Durch vertriebenen Wähler geht ein Artikel des Konjunktionsgenossenschafts-Mitglied im Dorsten, in dem auf das Verwehren der Beamten hingewiesen wird, sich durch Gründung von Konjunktionsgenossenschaften an solche wirtschaftliche Vorteile zu sichern. Dieser Artikel ist damit nicht einverstanden, er behauptet, daß die Konjunktionsgenossenschaften aus parteipolitischen Erwägungen und kommt zu genau den selben Grundrissen:

„Mit dem Konjunktionsgenossenschaftlichen Staatsgedanken ist eine Vernichtung des Mittelstandes, auf die die Konjunktionsgenossenschaftlichen Bewegungen letzten Endes hinauslaufen, und zu vermeiden. Eine gedeihlicher Mittelstand gehört der uns in Deutschland zu einem reich pulsierenden Staate leben.“

Andererseits kommt aber auch ein knaflkräftiger Beamtenstand dem gewerkschaftlichen Mittelstand und dem Staat entgegen. Mit Zug und Recht können daher die Beamten den gesamten Mittelstand befragen, daß er die durch die Konjunktionsgenossenschaften geordneten Gehaltsaufbesserungen nicht wie es bei den letzten großen Gehaltsregulierungen im Jahre 1908 der Fall war, lebhaft bekämpft, sondern sie zu fördern sucht. Verharren allerdings die Mittelstandskräfte in Gehaltsfragen auf ihrem ablehnenden Standpunkte, dann kann man es den Beamten wohl kaum verübeln, wenn sie sich mit Nachdruck der wirtschaftlichen Selbsthilfe zuwenden. Das Recht hierzu kann ihnen dann von niemand mehr bestritten werden.“

Schon kann man diesen Versuch eines Schöbergewalts — leben und leben lassen, aber auf Kosten der anderen! — nicht eben nennen. Wir sind auch überzeugt, daß die große Mehrheit der Beamten sich bestens bedenken wird für eine solche Schwärze. Sie haben ein Anrecht auf angemessene Bezahlung ihrer Arbeitsleistung. Diese Bezahlung ist keine Wohlthat, die ihnen irgendein Staat oder eine Klasse erweist, und sie verpflichtet sie gegen niemand.

Noch immer gibt es Ehrenmänner...

Noch immer gibt es Ehrenmänner
(Man kennt die Rosen am Geruch),
Die sagen einfach: „Bruch ist Bruch!“
Wir sind die Zähler, ihr die Renner.“
Die Welt besteht aus Soll und Haben,
Dort ist die Klinge, hier das Fest.
Wer fern vom Schurz bleibt, macht's Geschäft;
Der andere sticht im Schützengraben.
Der Tod hält draußen seine Ernte,
Wir machen drinnen sie zu Geld.
Das wäre die verkehrte Welt,
Wenn kein Lebendiger von ihm lernte!
Aus jedem England jagt der Berie
Wie eine Biene Honiglein.
Engländer, halt! Für die dabei
Besorgen wir die hohen Preise.
Am eure Schiffe war's ja schade!
Verunigt euch! Es geht auch so!
Ganz ohne jedes Risiko
Wird auch unsere innere Blodade.
Noch immer gibt es Ehrenmänner . . .
Und Strid und Galgen gibt es auch,
Barum sie noch nicht im Gebrauch,
Frägt tiefbetrübt der Menschenkenner.
Edgar Steiger in der „Münchener Post“.

**Spätestens am 14. April
ist der 16. Wochenbeitrag für 1917
(15. bis 21. April) fällig.**

Anzeigen.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Dorfuss, Schmalzmeister, Hengasse 2, 1. Et.

Das Beste für Backofenlampen!

Glühstrümpfe.
Nur prima Qualitätsware auch zu Original
Preisen.
Stehlicht 36 A, Hängelicht 37 A
Extra schwere Qualität:
Stehlicht 42 A, Hängelicht 43 A
per Stück ohne Steuer. Bei 100 Stück 5 pzt. Rabatt.
Stifte für Stehlicht 3 A per Stück.
Probierend gebe gern ab.

Deutsche Glühlichtwerke, Crossen (Oder)
[A. 10] Vertreter gesucht.

Kontrollkassen

„National“ kann zu höchsten Preisen gegen das
Offerten unter A. G. 6696 an Rudolf Mosse,
Berlin SW 19.